

**Kommunal финанzen und gleichwertige
Lebensverhältnisse
- Zur Wiederentdeckung eines alten Themas -**

**IW Wirtschaftsdienstkonferenz 2018
Regionalpolitik in Deutschland: eine Aktualisierung
Berlin, 30. Oktober 2018**

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

Agenda

- Aktualität
 - Zur Einordnung der Überschüsse -
- Disparitäten
 - Zur Wiederentdeckung eines alten Themas
- Wer bestimmt, der soll bezahlen!
 - Zur Vertikalisierung des horizontalen Ausgleichs -

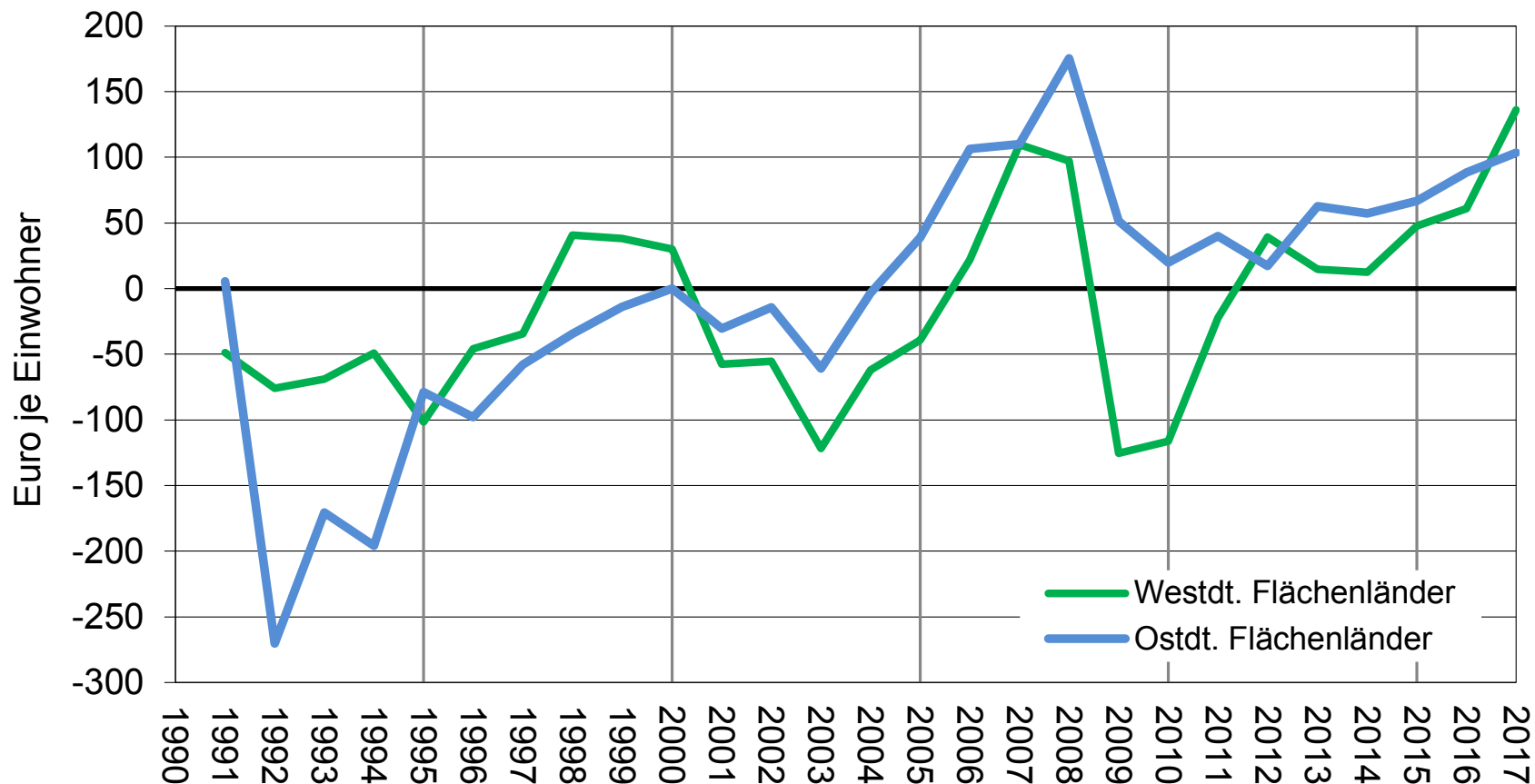
Aktualität

- Zur Einordnung der kommunalen Überschüsse -

Kommunaler Finanzierungssaldo – Kernhaushalt
2017: + 9,7 Mrd. Euro

Erwartung der kommunalen Spitzenverbände
2018: +7,6 Mrd. Euro
2019: +5,0 Mrd. Euro
2020: +6,0 Mrd. Euro

Kommunaler Finanzmittelsaldo 1991-2017 - Kernhaushalte - in Euro je Einwohner

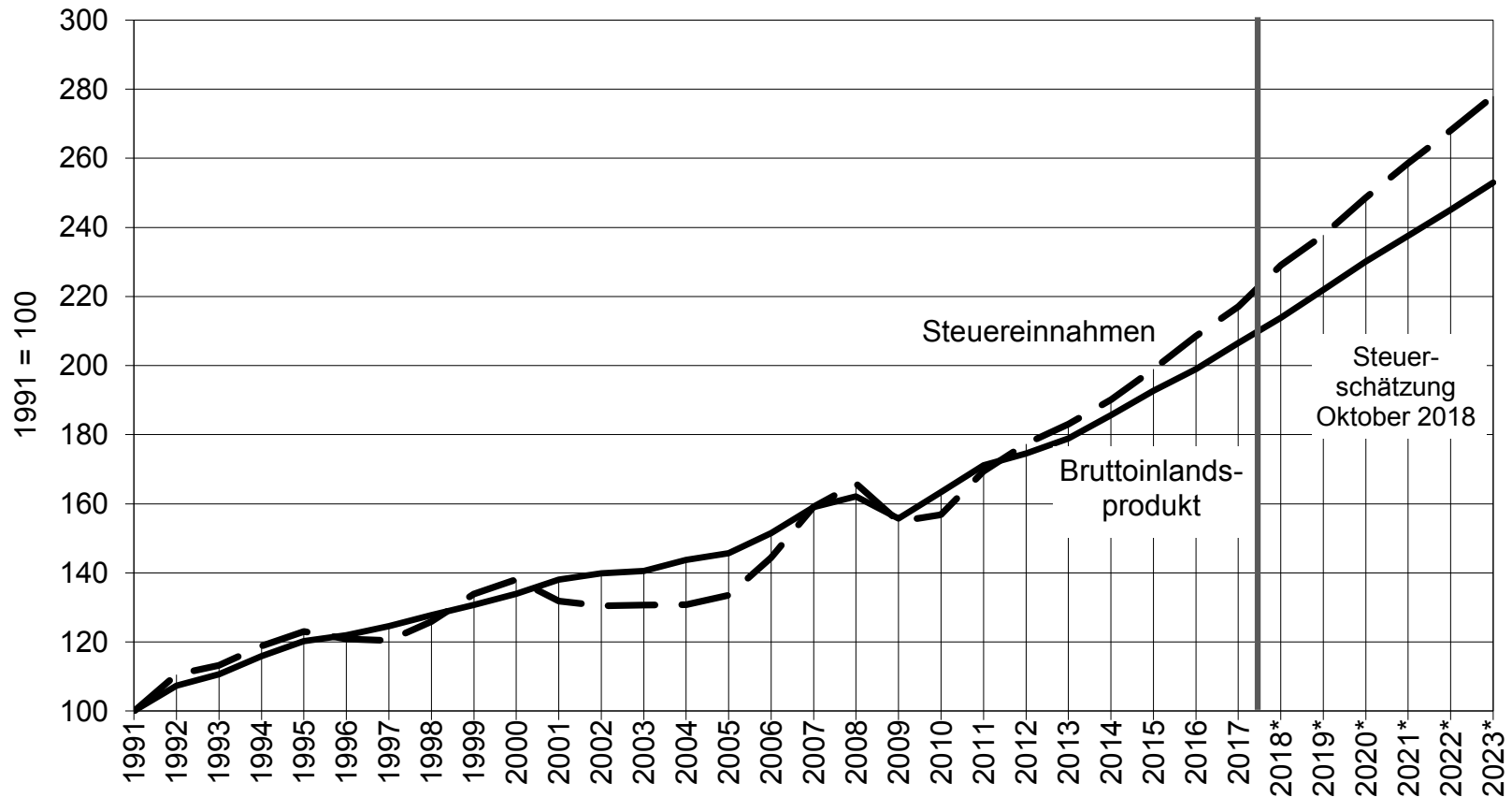


Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von DESTATIS.

2017 noch vierteljährliche Kassenstatistik.

Finanzsituation 2017 ff.

**Kassenmäßige Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
1991 bis 2023* (in jeweiligen Preisen, 1991 = 100)**



* Steuerschätzung Oktober 2018

Quelle: Eigene Berechnungen nach BMF und Statistisches Bundesamt.

Kommunal Finanzen - wo stehen wir?

- seit 2011 vergleichsweise gute konjunkturelle Rahmenbedingungen
- hohe Steuereinnahmen und ausgeprägte Tendenz zum Haushaltsausgleich auf allen Ebenen (konjunkturelle windfall profits)
- Stagnation, z.T. Rückgang der Sozialausgaben
- selbst Problemkommunen haben einen positiven Finanzierungssaldo
- kommunale Investitionslücke seit Jahren bekannt
- Umfeldbedingungen mit hohen Unsicherheiten
- Konjunkturfestigkeit von Schuldenbegrenzungen und Konsolidierungsmaßnahmen offen
- hohe Altschulden und Zinsänderungsrisiko
- lokale und regionale Inzidenz der Globalisierung: Zunahme sozioökonomischer und fiskalischer Disparitäten

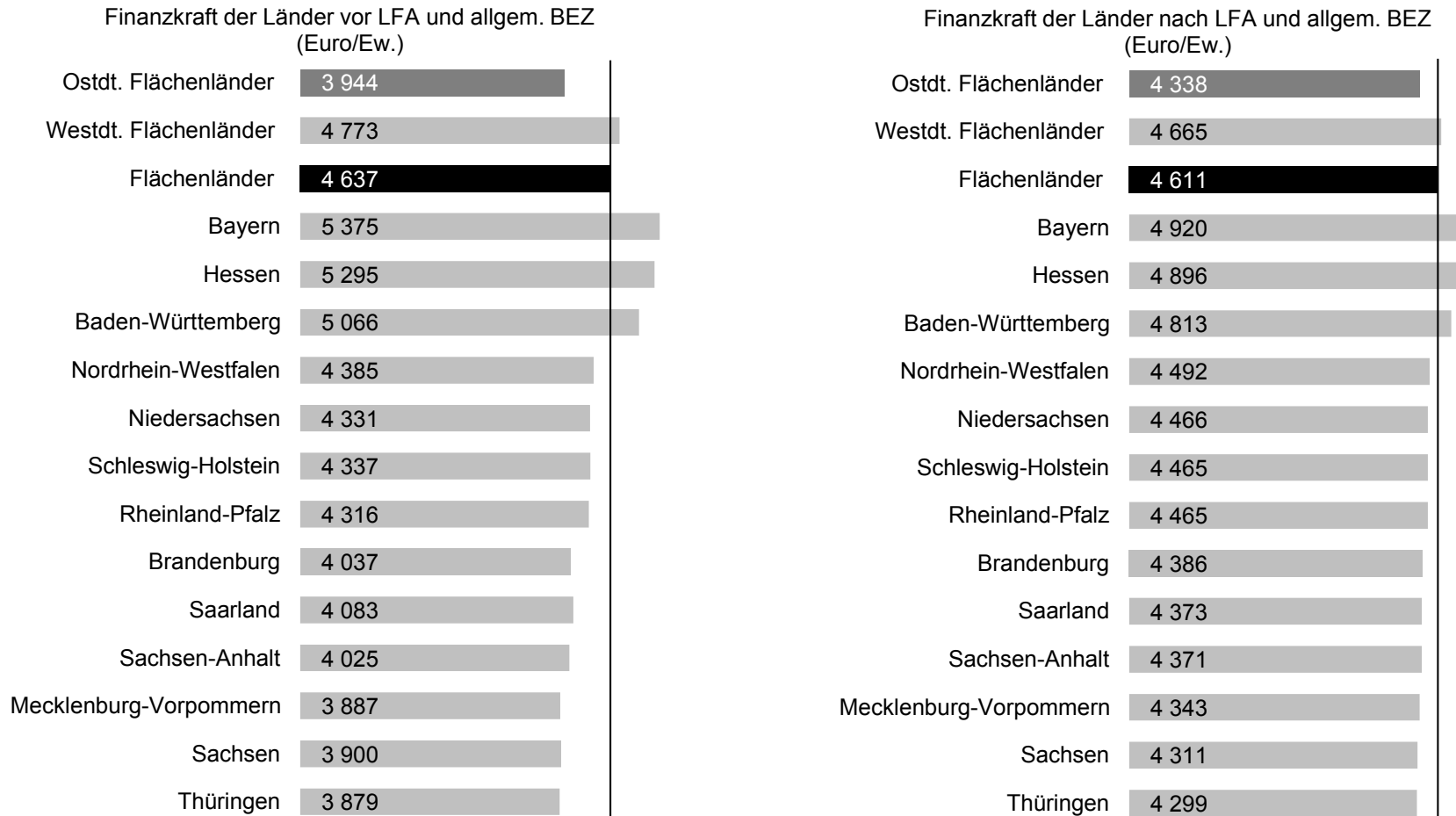
Disparitäten

- Zur Wiederentdeckung eines alten Themas -**

Ausgewählte Schlaglichter der Diskussion

- Blick auf die raumwirksame Staatstätigkeit und die horizontale Inzidenz der öffentlichen Finanzen
- 1980 ff., Diskussion über den Aufwuchs der kommunalen Soziallasten, „Albrecht-Initiative“, Strukturhilfegesetz
- Deutsche Vereinigung, Beendigung des Strukturhilfegesetzes, „Aufbau Ost“
- Verbesserung der ostdeutschen Situation, Probleme altindustrieller westdeutscher Kommunen entwickelten sich weiter
- fortschreitender Aufwuchs der Kassenkredite, starke regionale Konzentration bei Globalisierungsverlierern (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland)
- zentraler Anlass für die Gründung der „Kommission zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (AG Altschulden)

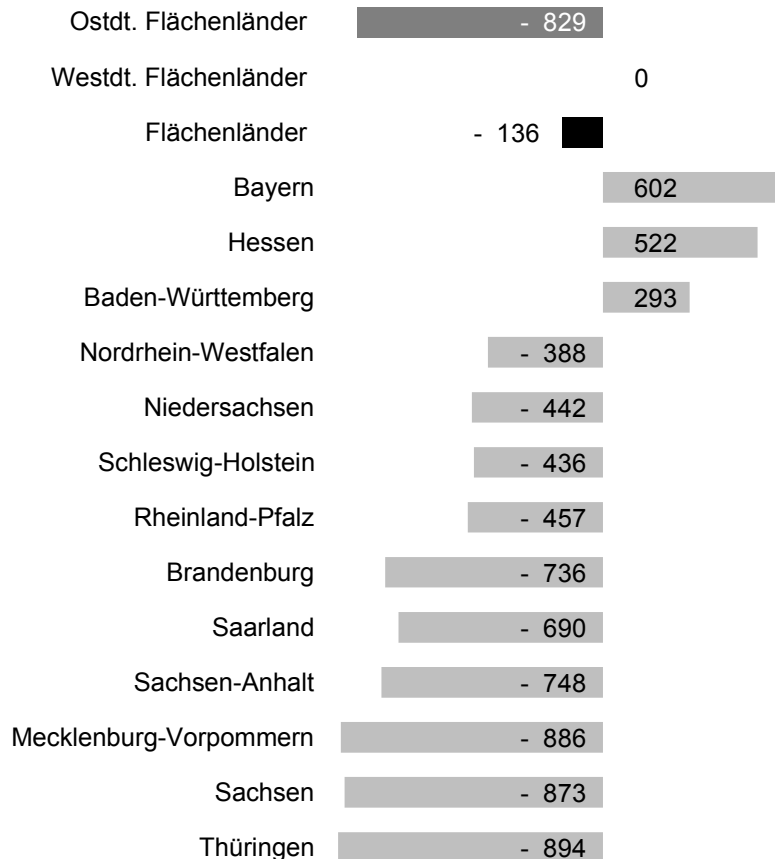
Finanzkraft der Länder einschl. Gemeinden vor und nach Länderfinanzausgleich 2017



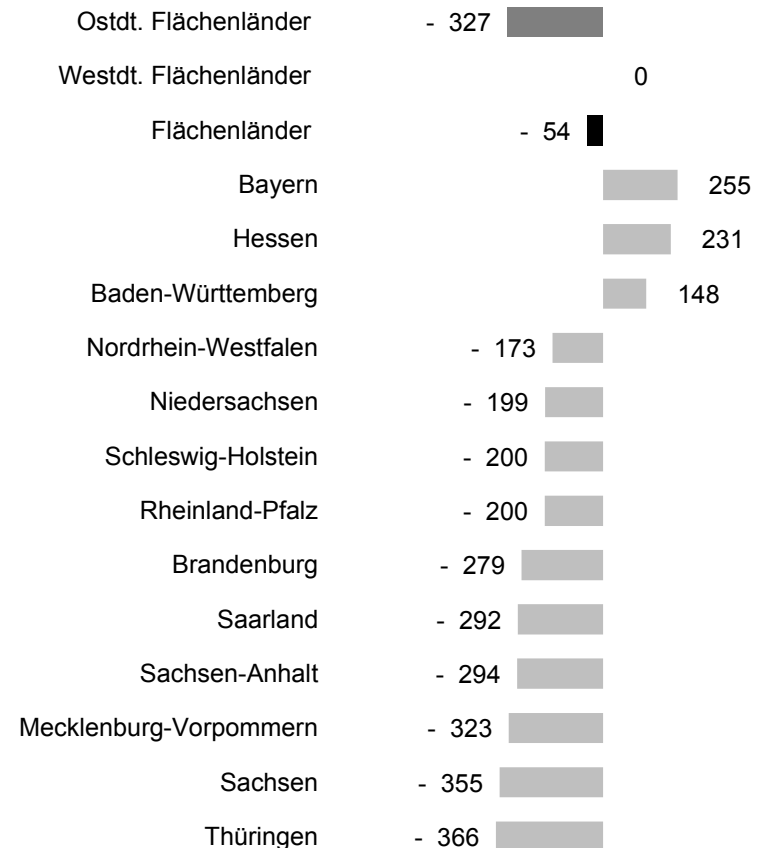
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Daten noch vorläufig.

Finanzkraftunterschiede der Länder einschl. Gemeinden vor und nach Länderfinanzausgleich 2017

Finanzkraftunterschiede der Länder vor LFA und
allgem. BEZ (Euro/Ew.)

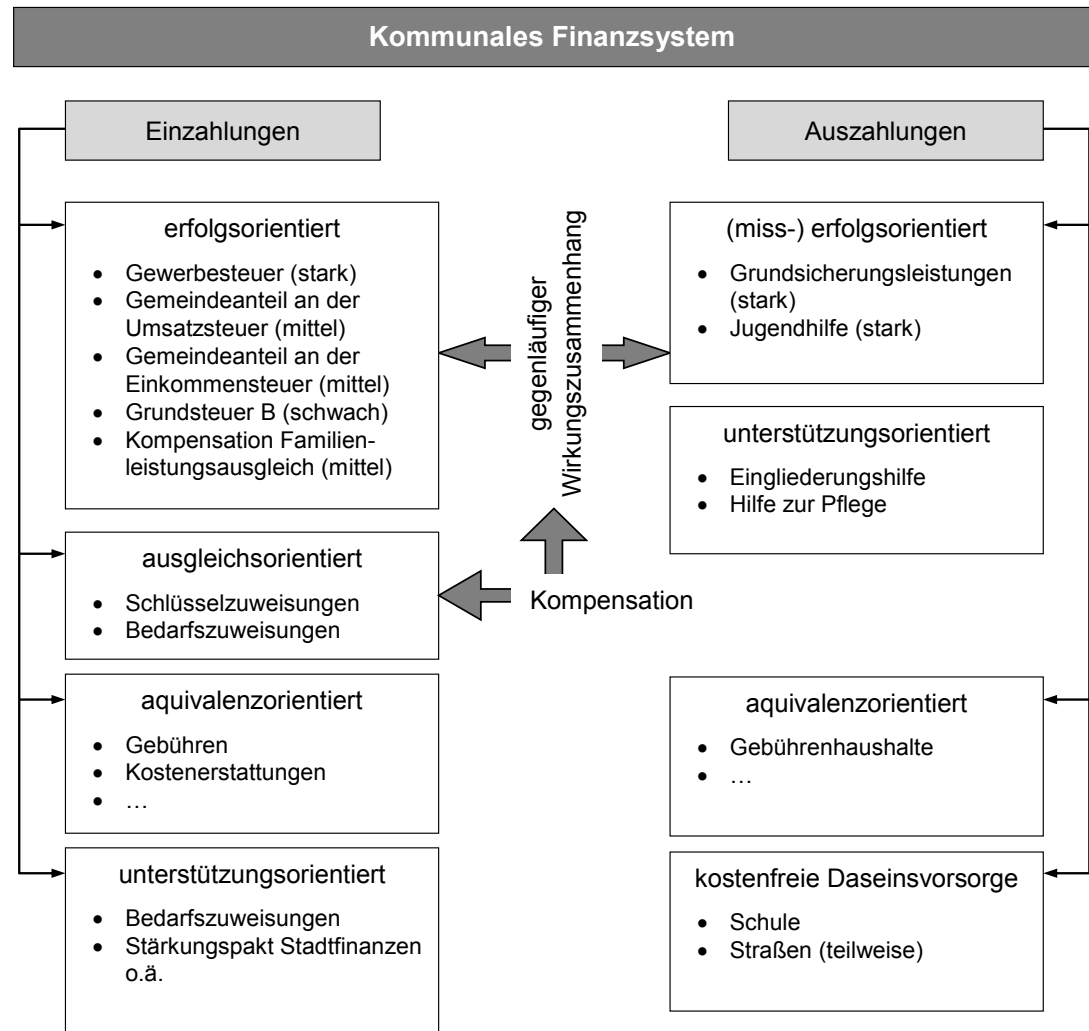


Finanzkraftunterschiede der Länder nach LFA und
allgem. BEZ (Euro/Ew.)



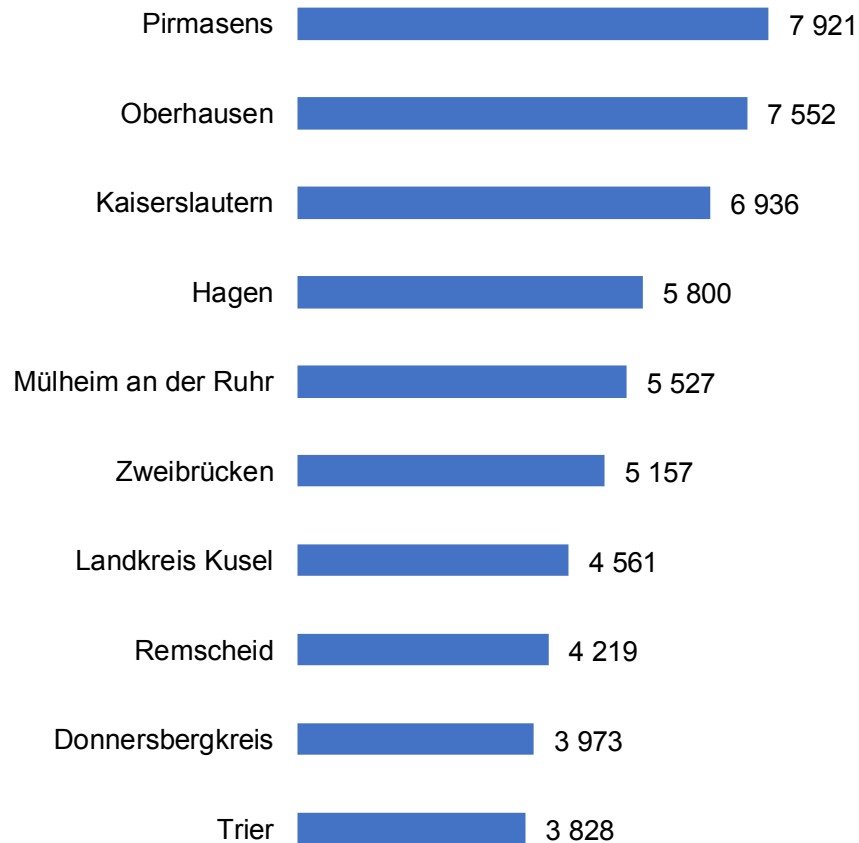
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Daten noch vorläufig.

Erfolg versus Unterstützung?



Finanzsituation 2016

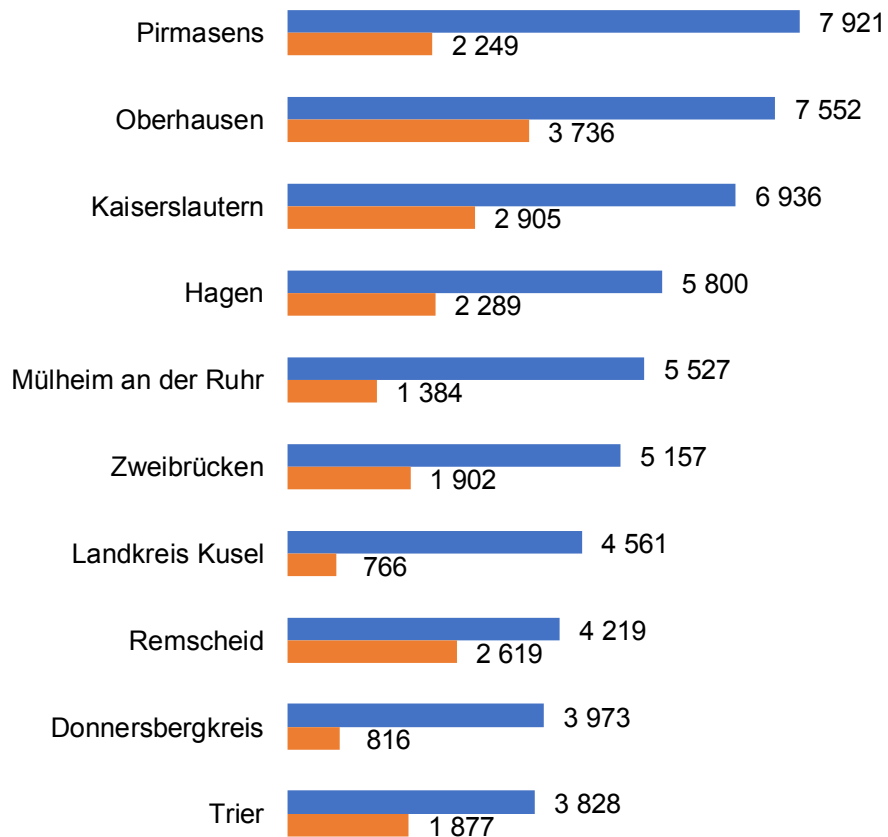
Kommunale Liquiditätskredite* am 31.12.2015 in Euro je Einwohner



Ohne Liquiditätskredite, die über Wertpapierschulden aufgenommen wurden.
Quelle: Bertelsmann Stiftung; Wegweiser Kommune.

Finanzsituation 2016

**Kommunale Liquiditätskredite* 2005 und 2015
(jew. 31.12.) in Euro je Einwohner**




Ohne Liquiditätskredite, die über Wertpapierschulden aufgenommen wurden.

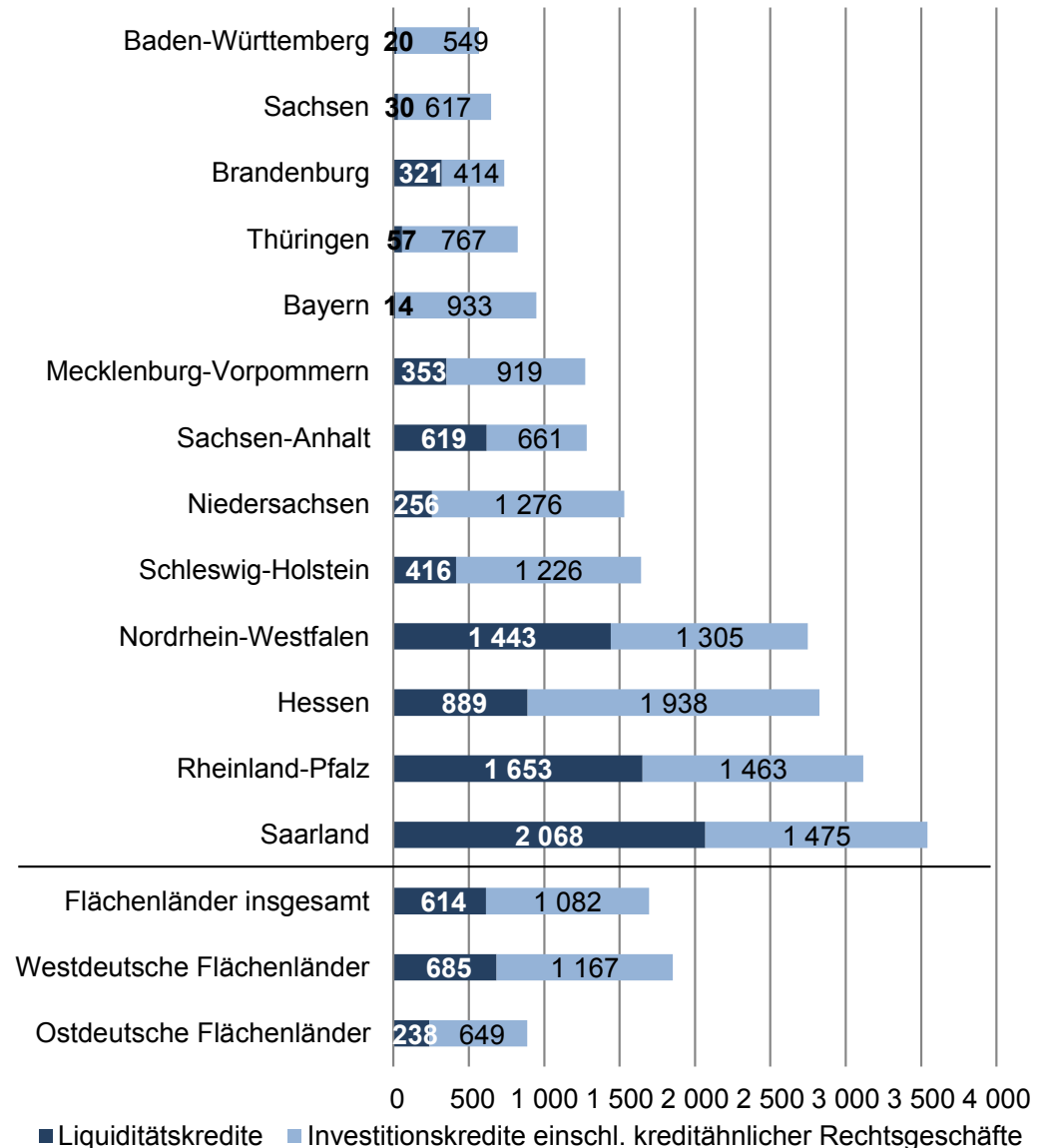
Quelle: Bertelsmann Stiftung; Wegweiser Kommune.

Investitions- und Liquiditätskredite der kommunalen Kernhaushalte am 31.12.2017 in Euro je Einwohner

Investitions- und Liquiditätskredite der kommunalen Kernhaushalte nach Ländern am 31.12.2017 in Euro je Einwohner

Kommunen mit hohen Liquiditätskrediten haben auch überdurchschnittlich hohe Investitionskredite!!

Finanzschwäche drückt sich auch in einer hohen Kreditfinanzierung von Investitionen  z.B.



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von DESTATIS.

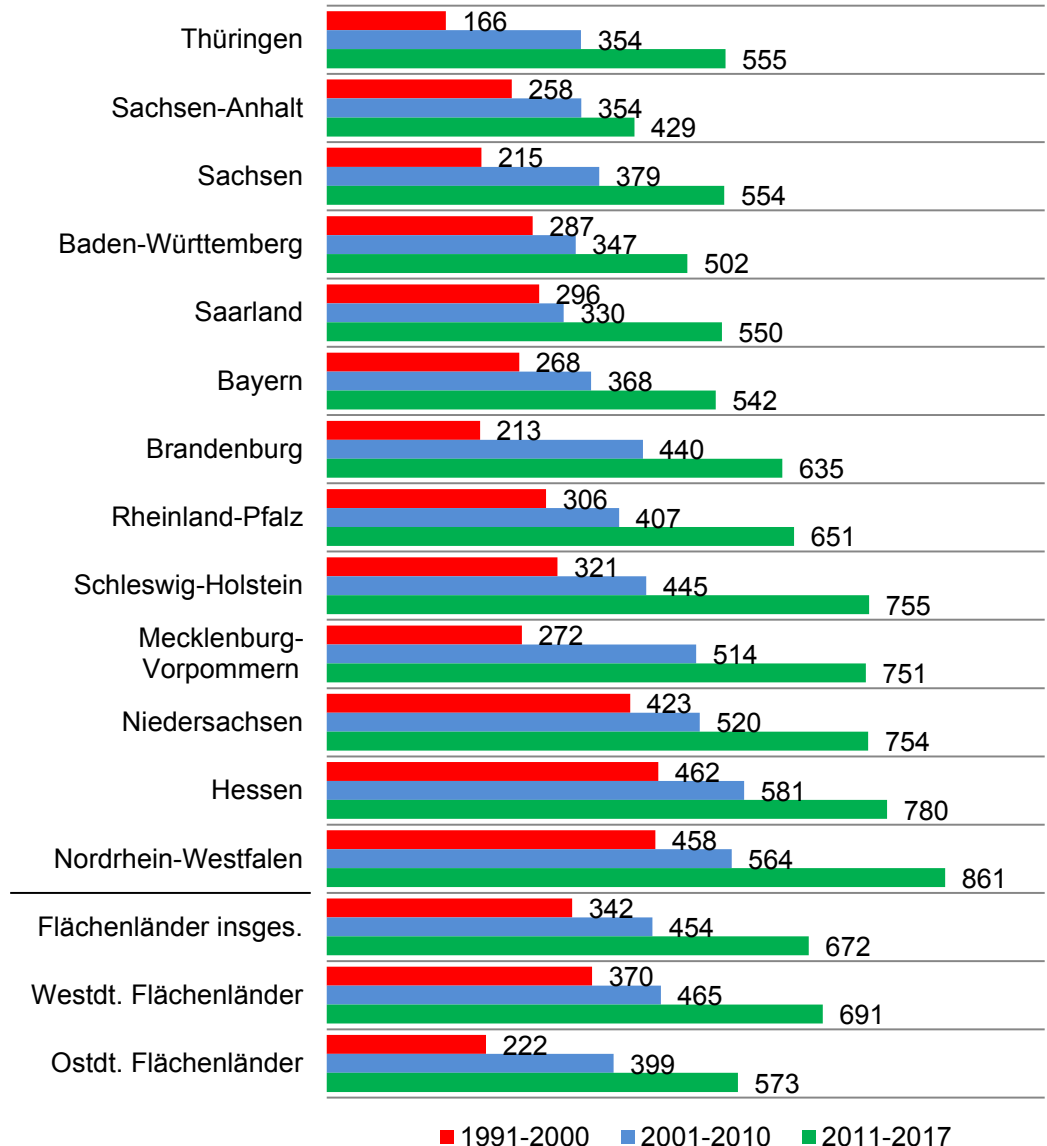
Brutto-Sozialausgaben im Durchschnitt 1991-2017
- Kernhaushalte (in Euro je Einwohner) -

**Kommunale Sozialausgaben
(brutto) im Kernhaushalt 1991 bis
2017**

**im Durchschnitt der Dekaden
- Euro je Einwohner -**

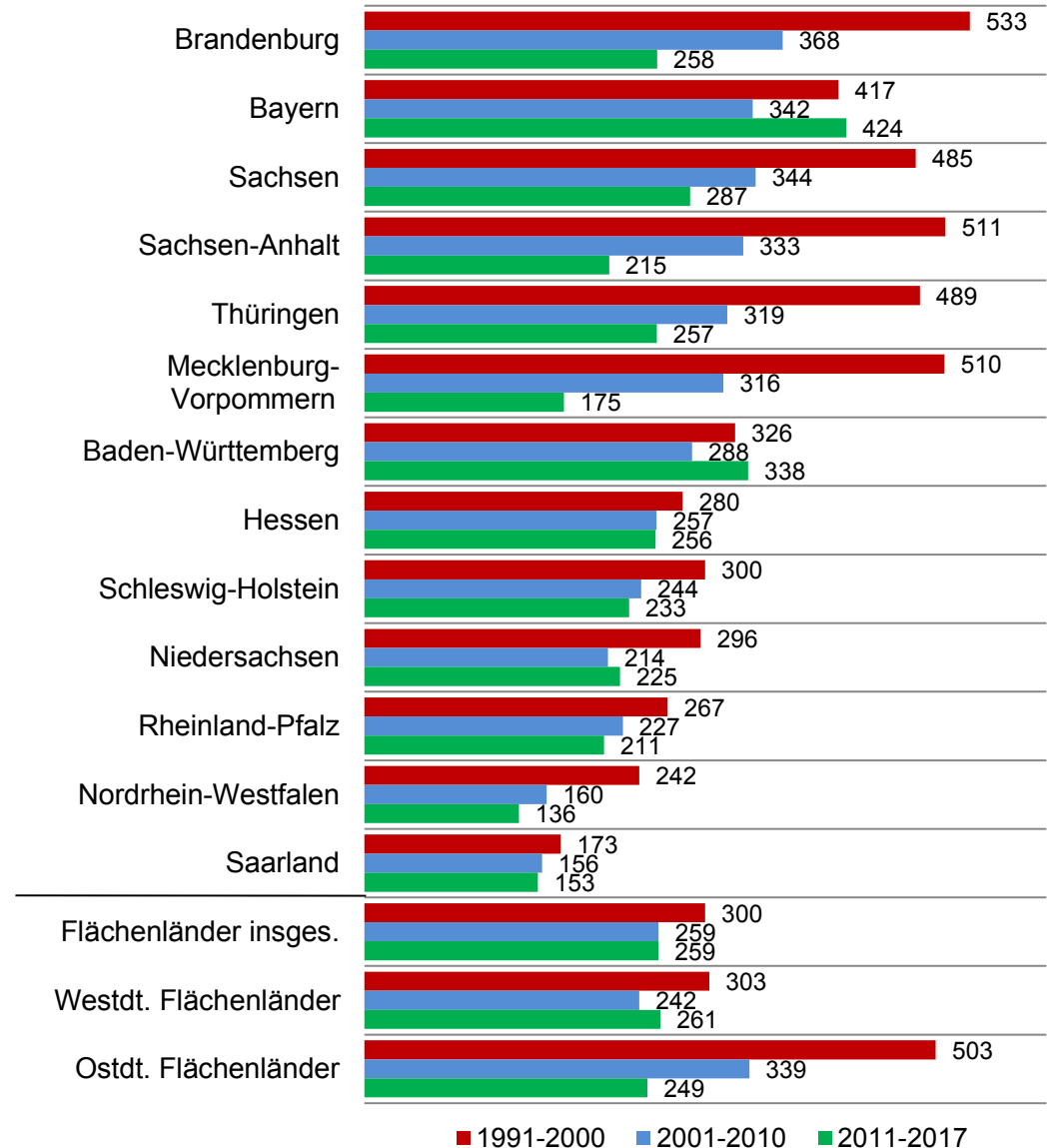
sortiert nach dem Gesamtdurchschnitt

Die Niveaus sind durch die unterschiedliche Kommunalisierung des Sozialbereichs insbesondere beim überörtlichen Träger der Sozialhilfe beeinflusst. Im Saarland und in Sachsen-Anhalt liegt die Finanzierungsverantwortung für den überörtlichen Sozialhilfeträger direkt beim Land.



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von DESTATIS.

Kommunale Investitionen im Kernhaushalt 1991 bis 2017 im Durchschnitt der Dekaden - Euro je Einwohner -
sortiert nach dem Gesamtdurchschnitt

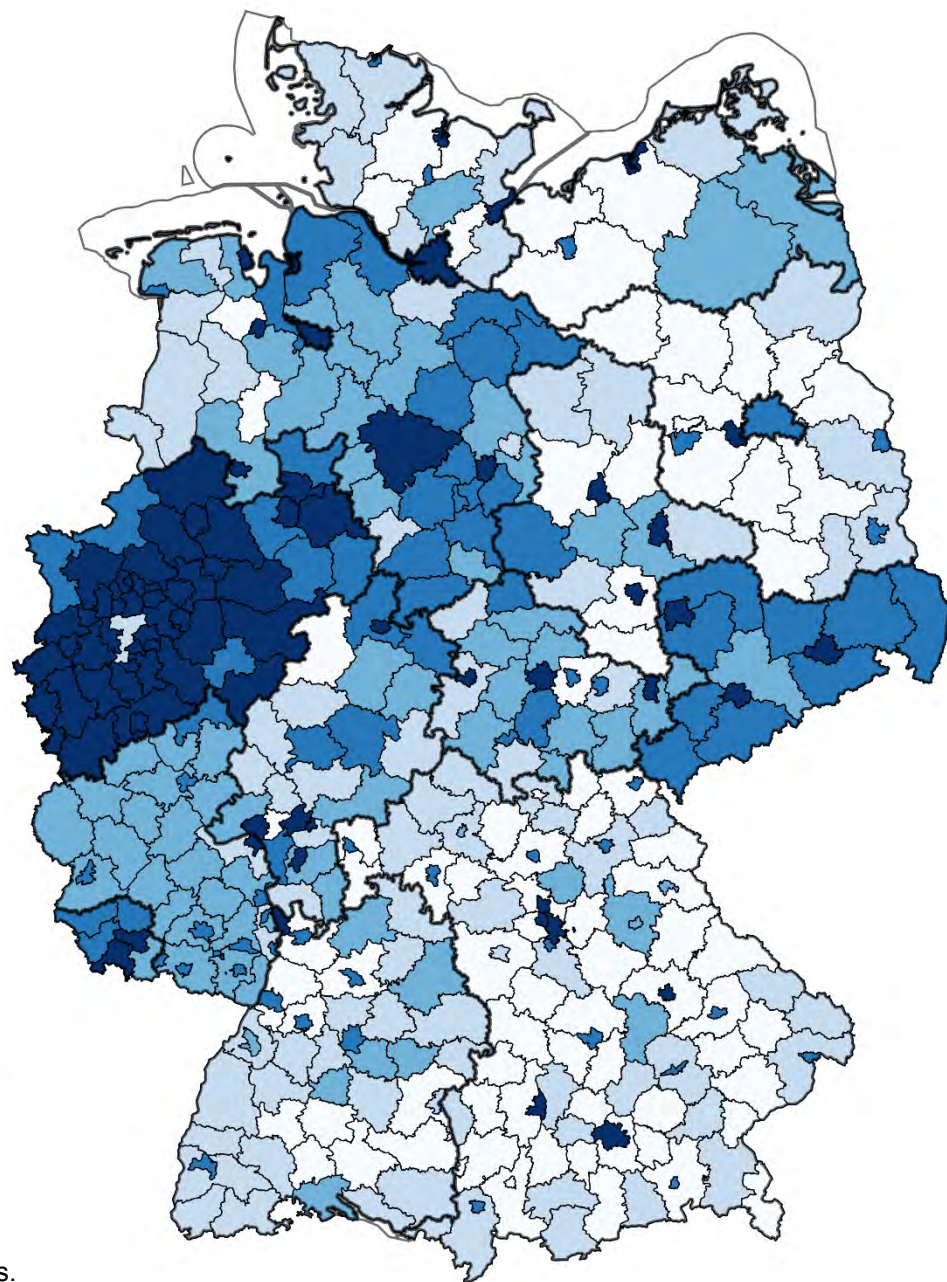


Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von DESTATIS.

Gewerbesteuer: gewogener Durchschnittshebesatz auf Kreisebene (2014)

Klassifizierung:

Quintile

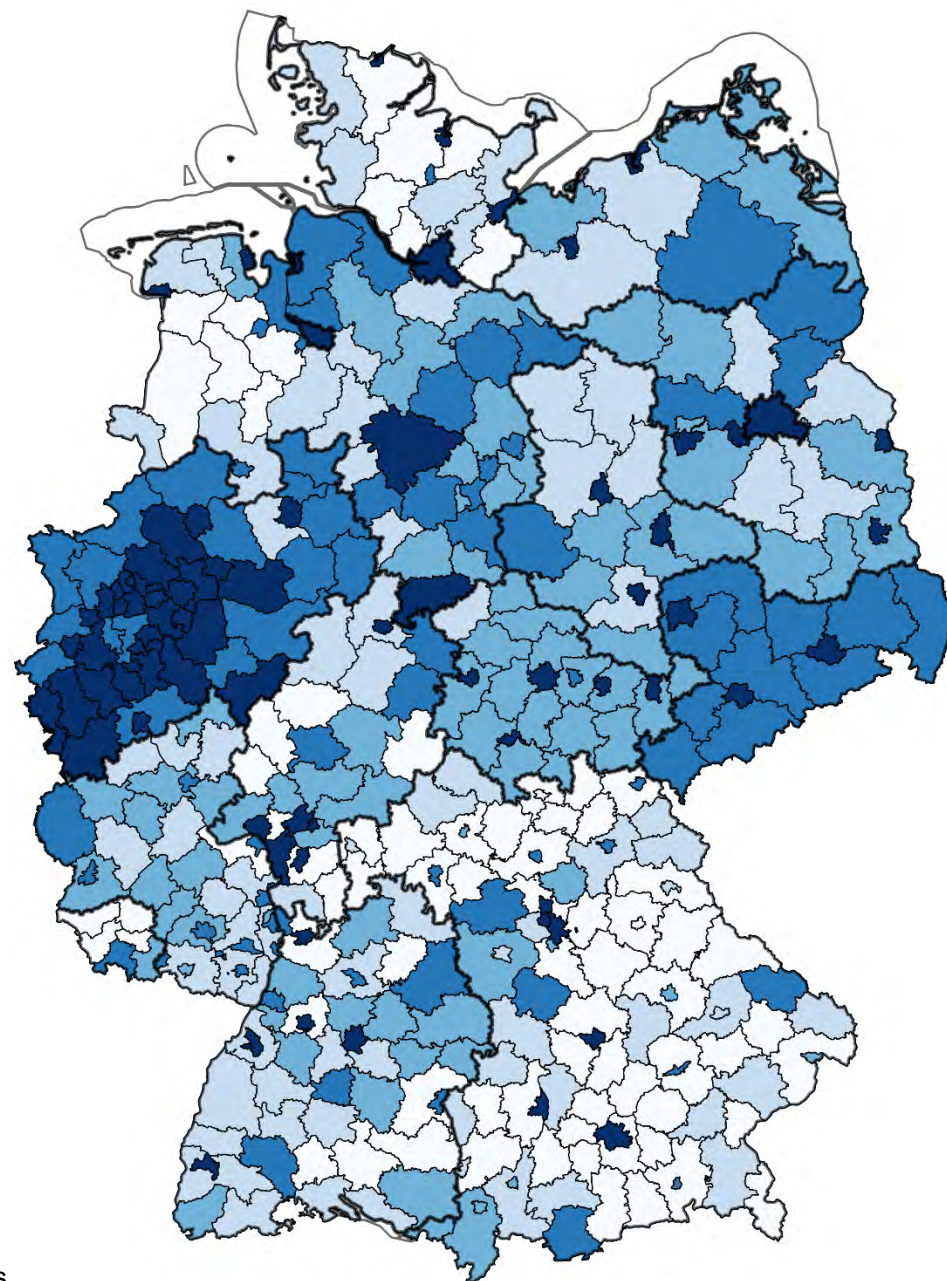
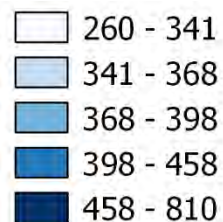


Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Grundsteuer B: gewogener Durchschnittshebesatz auf Kreisebene (2014)

Klassifizierung:

Quintile



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

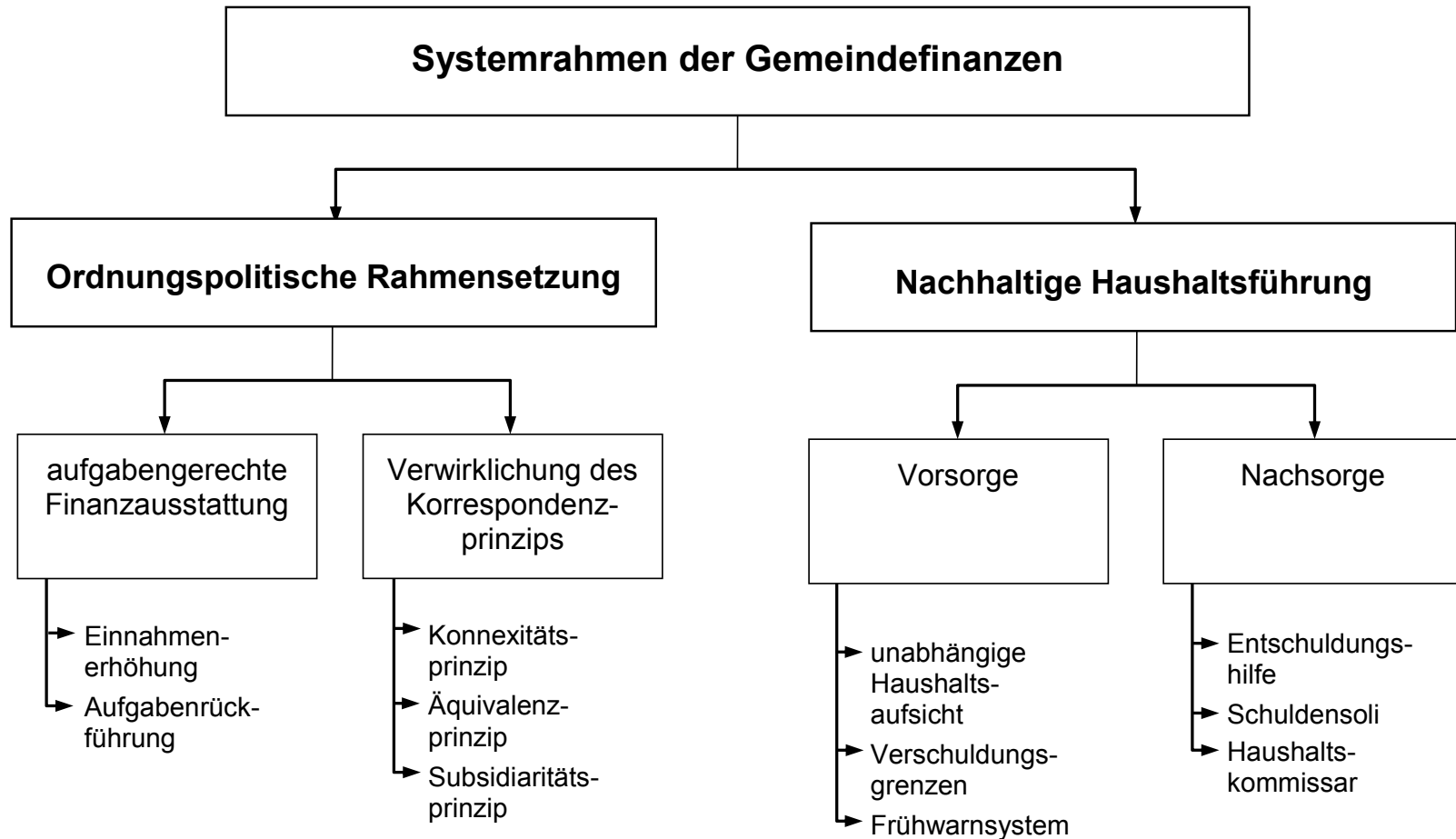
Finanzschwache Städte im vierfachen Dilemma

Angaben für finanzschwache Städte in Nordrhein-Westfalen (Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“) für das Jahr 2016

- Sozialausgaben: +54,9% über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 35,3 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW
- Investitionen: -58,0% unter dem Durchschnitt der West-Flächenländer und -24,5 % unter dem Durchschnitt des übrigen NRW
- Steuersätze: *Gewerbesteuer*: 23,6% über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 11,6 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW
Grundsteuer B: 44,7% über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 26,2 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW
- Altschulden: +431,7 % über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und 342,6 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW

Wer bestimmt, soll bezahlen!
- Zur Vertikalisierung des
horizontalen Ausgleichs -

Ordnungspolitik und Gemeindefinanzen

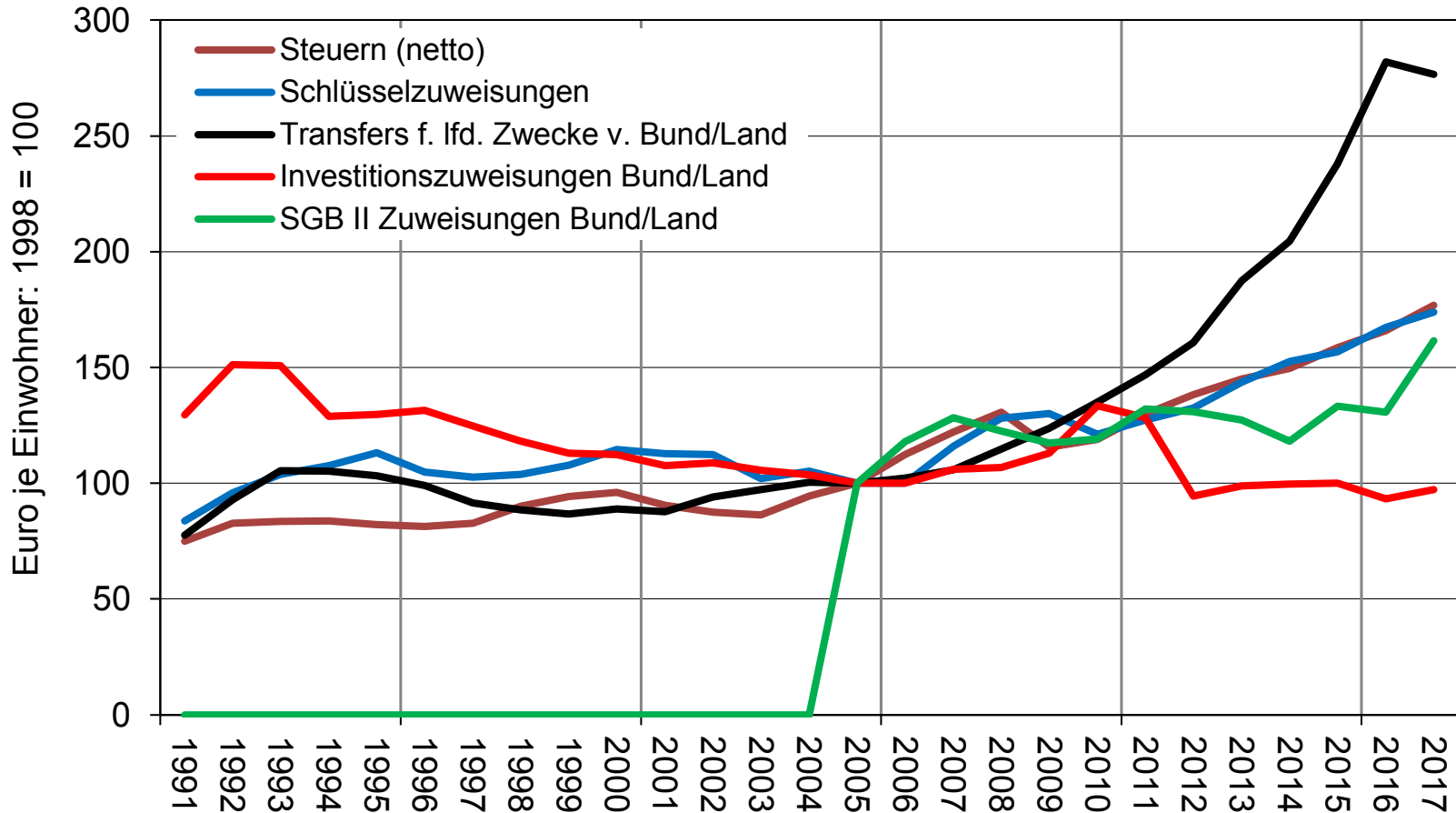


Koalitionsvereinbarung und Konnexitätsprinzip

Koalitionsvereinbarung: Die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung sichert den Kommunen die Handlungsfreiheit. Staatliche Leistungen müssen deshalb auch auf der kommunalen Ebene auskömmlich finanziert sein. Es gilt der Grundsatz: Wer eine Leistung veranlasst, muss für ihre Finanzierung aufkommen („Wer bestellt, bezahlt“). Das ist Grundsatz allen politischen Handelns der Koalitionspartner. (5504-5508)

Einzahlungen aus Steuern sowie Transferzahlungen von Bund und Ländern im Kernhaushalt 1991 bis 2017 in Euro je Einwohner, 2005 = 100

der kommunalen Kernhaushalte der Flächenländer 1991-2017 in Euro/Einwohner



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von DESTATIS.

Vertikalisierung der Finanzbeziehungen oder Fortentwicklung des kommunalen Finanzsystems?

- Zunahme direkter Zahlungen (insbesondere im Sozialbereich) oder Verteilung des kommunalen Umsatzsteueranteils nach sozialen Ausgabenbedarfen
- temporäre Investitionsfinanzierung (vor allem für finanzschwache Kommunen) oder dauerhafte Stärkung der Finanzkraft und damit Investitionskraft
- solidarische Altschuldenhilfe (gegebenenfalls mit bundesweitem Umsetzung und Kontrollrahmen) oder dezentrale Problemlösung

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

*Kontakt zur Fortsetzung des Diskurses:
Prof. Dr. Martin Junkernheinrich
Lehrstuhl Stadt-, Regional- und Umweltökonomie*

*junkernheinrich@arcor.de
www.m-junkernheinrich.de*